

Niederschrift

**über die 1. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Hauptausschusses am
Mittwoch, 03.12.2025 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses (Mittelstraße 40
in 40721 Hilden)**

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Dr. Claus Pommer

Ratsmitglieder

Herr Fabian Filatov	CDU
Herr Peter Groß	CDU
Herr Oliver Kohl	CDU
Frau Claudia Schlottmann	CDU
Herr Michael Wegmann	CDU
Frau Kimberly Lynn Bauer	SPD
Herr Ben Juan Eisenblätter	SPD
Frau Andrea Janeck	SPD
Herr Marlon Buchholz	AfD
Herr Dr. Heimo Haupt	AfD
Frau Anna Meike Reimann	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Hartmut Toska	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Uwe Gramminger	FDP
Herr Klaus Wockenfoth	Die Linke
Herr Andreas Benoit	Bürgeraktion I Piraten

Von der Verwaltung

Herr 1. Beigeordneter Sönke Eichner	Stadt Hilden
Frau Beigeordnete Mona Wolke-Ertel	Stadt Hilden
Herr Beigeordneter Peter Stuhlträger	Stadt Hilden
Herr Roland Becker	Amtsleiter
Bürgermeisterbüro	
Frau Christine Kaiser	Beratungs- und
Prüfungsamt	
Herr Hans-Peter Kremer	Feuerwehr Hilden
Frau Carolin Siepmann	
	Digitalisierungsbeauftragte

te

Frau Ilka Sobirey	Stadt Hilden
Herr Martin Wiedersprecher	Kämmerer

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Bestellung der Schriftführung für den Hauptausschuss der Stadt Hilden
WP 25-30 SV 01/023
- 3 Wahl der stellv. Ausschussvorsitzenden des Hauptausschusses
WP 25-30 SV 01/022
- 4 Organisationsentwicklung und Digitalisierung
- 4.1 Sachstandsbericht Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung
WP 25-30 SV 12/001
- 5 Aktuelles aus dem Bereich Feuerwehr
WP 25-30 SV II/001
- 6 Haushalts- und Gebührenangelegenheiten
- 6.1 Vergabesatzung
WP 25-30 SV 30/001
- 6.2 Gebührensatzung für den Rettungsdienst in der Stadt Hilden
WP 25-30 SV 37/001
- 7 Angelegenheiten der Städtepaten- und -partnerschaften
- 7.1 Entwicklung der Städte-Partnerschaften - Partnerschaftsaktivitäten in 2025 und Ausblick 2026
WP 25-30 SV 01/025
- 7.2 Bericht einer Auszubildenden der Stadtverwaltung Hilden über ein Praktikum in der Partnerstadt Nové Mesto nad Metují in 2025
WP 25-30 SV 01/024
- 7.3 Entsendung einer offiziellen Delegation in die Partnerstadt Nove Mesto nad Metuji
WP 25-30 SV 01/026
- 8 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 9 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Claus Pommer, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter*innen der Presse sowie die erschienenen Zuhörer*innen. Er stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Änderungen zur Tagesordnung

Änderungswünsche zur Tagesordnung gab es nicht.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde meldete sich niemand zu Wort.

1 Befangenheitserklärungen

Es lagen keine Befangenheitserklärungen vor.

2	Bestellung der Schriftführung für den Hauptausschuss der Stadt Hilden	WP 25-30 SV 01/023
---	---	-----------------------

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss der Stadt Hilden bestellt für die Wahlperiode 2025 - 2030

1. Frau Ilka Sobirey zur Schriftführerin sowie
2. Frau Christina Schroeder zur stellvertretenden Schriftführerin.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen.

3	Wahl der stellv. Ausschussvorsitzenden des Hauptausschusses	WP 25-30 SV 01/022
---	---	-----------------------

Vorgeschlagen wurde als 1. stellvertretender Vorsitzender Herr Peter Groß (CDU)
Als 2. Stellvertretende Vorsitzende wurde Frau Kimberley Bauer (SPD) vorgeschlagen.

Die Wahl fand gemäß den Regelungen des § 50 Abs. 2 GO NRW als offene Wahl statt.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss wählt aus seiner Mitte

Herrn Peter Groß/CDU zum 1. stellvertretenden Vorsitzenden

und

Frau Kimberley Bauer/SPD zur 2. stellvertretenden Vorsitzenden

des Hauptausschusses.

Abstimmungsergebnis zum 1. stellvertretenden Vorsitzenden: Einstimmig beschlossen mit einer Enthaltung Rm P. Groß (CDU).

Abstimmungsergebnis zur 2. stellvertretenden Vorsitzenden: Einstimmig beschlossen mit einer Enthaltung Rm K. Bauer (SPD).

4 Organisationsentwicklung und Digitalisierung

4.1 Sachstandsbericht Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung	WP 25-30 SV 12/001
---	-----------------------

Rm Groß (CDU) äußerte sich anerkennend zum Fortschritt der Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung.

Rm Bucholz (AfD) schilderte anhand eines Beispiels, dass sein Eindruck vom Fortschreiten der Digitalisierung, hier im Bereich des Standesamtes, ein anderer sei als das in der SV gespiegelte Bild und stellte die Frage was denn tatsächlich zuträfe.

Dezernentin M. Wolke-Ertel erklärte, dass insbesondere das Standesamt vor großen Herausforderungen stand und stehe. Grund hierfür sei die Zusammenlegung der Geburtsstationen von Langenfeld und Hilden, was zu steigenden Fallzahlen führe, bei gleichzeitigem Stellenabbau, Personalwechsel und temporärem Ausfall wegen Mutterschutzes. Die Einarbeitung neuer Kolleg*innen sei komplex. Dennoch sei festzustellen, dass die Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung erste messbare Erfolge zeigen. Der Fokus liege zurzeit auf dem Tagesgeschäft. Insofern sei der Bericht an dieser Stelle nicht falsch.

Des Weiteren wies Dezernentin Wolke-Ertel darauf hin, dass bereits bei der generischen Antwort auf Anfragen darauf hingewiesen würde, dass die Bearbeitung verschiedener Angelegenheiten eine längere Bearbeitungszeit benötige.

Rm Bauer (SPD) äußerte sich positiv zum Sachstandsbericht.

Bezüglich der automatischen Eingangsbestätigungsmails wies sie daraufhin, dass diese nicht immer erfolge.

Rm Toska (Bündnis 90/Die Grünen) erkundigte sich nach der Verwendung von KI bei Sitzungsvorlagen. Dezernentin Wolke-Ertel informierte, dass es grundsätzlich eine Info geben müsse, sobald KI zum Einsatz käme. Eine entsprechende Dienstanweisung wurde aktuell erstellt und sei in Kraft getreten.

Digitalisierungsbeauftragte C. Siepmann erklärte, dass es per EU-Gesetz einen Hinweis auf Nutzung und per KI generierte Inhalte geben müsse.

Der Hauptausschuss nahm den Sachstandsbericht zur Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung zur Kenntnis.

Die von Rm Bauer (SPD) gestellten Anfragen wurden aufgrund ihrer Komplexität im Nachgang schriftlich eingereicht.

Rm Peter Groß (CDU) fragte nach dem derzeitigen Planungsstand zur Erweiterung der Feuerwache und ob es gegebenenfalls Alternativen für die Hildener Feuerwehrwache gäbe. Dezernent Peter Stuhlträger führte aus, dass bei § 13 KomHVO - Unterlagen die Ergebnisse der Variantenuntersuchung im Planungsbericht erläutert werden.

RM Buchholz (AfD) erkundigte sich danach, ob es in Hilden zurzeit einen sogenannten „Feuerteufel“ gäbe, da es in der letzten Zeit häufiger zu Einsätzen bei kleineren Bränden gegeben habe.

Darüber hinaus stellte er die Frage nach Statistiken in diesem Zusammenhang.

H.-P. Kremer, Leiter der Feuerwehr, äußerte sich dahingehend, dass es diese Vorkommnisse immer schon gegeben habe, mal in dem einen Stadtteil, mal in einem anderen. Insofern seien diese Einsätze nicht ungewöhnlich, oder träten zurzeit in einem besonderen Maße auf.

Der Hauptausschuss nahm die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

6 Haushalts- und Gebührenangelegenheiten

6.1 Vergabebesatzung

WP 25-30 SV
30/001

Rm Groß (CDU) beantragte die Vertagung der Angelegenheit, wozu formale Gegenrede von Rm Gramminger (FDP) erhoben wurde. Bürgermeister Dr. Pommer ließ daraufhin über den Vertagungsantrag abstimmen.

Rm Groß (CDU) erklärte, die CDU-Fraktion hätte weiteren Beratungsbedarf und wolle einen Sachverständigen zu diesem komplexen Thema hinzuziehen.

Rm Gramminger (FDP) wies darauf hin, dass dadurch für die anderen Fraktionen ein Informationsdefizit entstünde.

Bürgermeister Dr. Pommer entgegnete, dass es in der Ratssitzung eine inhaltliche Diskussion geben würde.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung durch den Rechnungsprüfungsausschuss, den Hauptausschuss und den Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen gemäß Anlage 1 die Satzung über die Vergabe von Bau-, Liefer- und Dienstleistungen unterhalb der Schwellenwerte gemäß § 106 GWB.

Die Satzung tritt zum 01.01.2026 in Kraft.

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Antrag der CDU in die nächste Sitzung des Rates der Stadt Hilden vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Dem Antrag auf Vertagung wurde bei zwei Enthaltungen (FDP und BürgeraktionIPiraten) und einer Gegenstimme (Die Linke) mehrheitlich zugestimmt.

6.2 Gebührensatzung für den Rettungsdienst in der Stadt Hilden

WP 25-30 SV
37/001

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Kenntnisnahme im Hauptausschuss sowie Vorberatung im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen folgende

Gebührensatzung für den Rettungsdienst in der Stadt Hilden (s. 2025-11-03 Anlage 1 - RD-Gebühren).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

Hinweis: Die Satzung ist als Anlage beigelegt und somit Bestandteil der Niederschrift.

7 Angelegenheiten der Städtepaten- und -partnerschaften

7.1 Entwicklung der Städte-Partnerschaften - Partnerschaftsaktivitäten in 2025 und Ausblick 2026

WP 25-30 SV
01/025

Der Hauptausschuss nahm die Partnerschaftsaktivitäten in 2025 und die Planungen für 2026 zur Kenntnis.

7.2 Bericht einer Auszubildenden der Stadtverwaltung Hilden über ein Praktikum in der Partnerstadt Nové Mesto nad Metují in 2025

WP 25-30 SV
01/024

Der Hauptausschuss nahm den Bericht über das absolvierte Praktikum in der Partnerstadt Nové Mesto nad Metují zur Kenntnis.

7.3 Entsendung einer offiziellen Delegation in die Partnerstadt Nove Mesto nad Metuji

WP 25-30 SV
01/026

Rm P. Groß (CDU) sprach sich für die kostengünstigste Variante (Variante II) aus und fragte nach der Berechnung des Eigenanteils.

Laut Verwaltung wurde der Eigenanteil vor 10 Jahren so berechnet.

Bürgermeister Dr. Claus Pommer schlug vor den Eigenanteil neu berechnen und im nächsten Jahr anpassen zu lassen.

Rm K. Bauer (SPD) sprach sich ebenfalls für die kleinere Variante (Variante II) aus und schlug eine Erhöhung des Eigenanteils auf 220 € vor.

Rm H. Toska (Bündnis'90/Die Grünen) schloss sich seinen Vorrednern an und präferierte ebenfalls Variante II und schlug eine Anpassung des Eigenanteils in Höhe der Inflationsrate vor.

Bürgermeister Dr. Claus Pommer ließ über folgenden geänderten Beschlussvorschlag abstimmen:

Geänderter Beschlussvorschlag (*Änderungen durchgestrichen bzw. kursiv dargestellt*):

Auf der Grundlage des mit der Stadt Nové Město nad Metují geschlossenen Partnerschaftsvertrages beschließt der Rat der Stadt Hilden nach Vorberatung im Hauptausschuss:

1. Die Entsendung einer offiziellen Delegation in die Partnerstadt Nové Město nad Metují im vorgeschlagenen Zeitraum vom 21.05. bis 24.05.2026.

2. Für die Zusammensetzung der Delegation wird folgende Variante gewählt:

a) Variante 1 (12 Personen)

- a) Je Fraktion eine Person
- b) Bürgermeister
- c) Stellvertretende Bürgermeister
- d) Zwei Personen der Verwaltung

oder

b) Variante 2 (10 Personen)

- a) Je Fraktion eine Person, wobei CDU und SPD jeweils durch ihre stellvertretenden Bürgermeister vertreten werden und keine zusätzliche Person entsenden
- b) Bürgermeister
- c) Zwei Personen der Verwaltung

3. Für die teilnehmenden Ratsmitglieder und sachkundigen Bürger*innen wird ein Eigenanteil in Höhe von ~~110,00 €~~ 220,00 € festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

1. Zusammensetzung der Delegation (alternative Abstimmung)

Variante I (12 Personen):

0 Stimmen

Variante II (10 Personen):

Einstimmig beschlossen mit 16 Ja-Stimmen

2. Höhe des Eigenanteils (alternative Abstimmung)

Variante I (0€):

0 Stimmen

Variante II (110,00€)

1 Ja-Stimme von der Fraktion Die Linke

Variante III (220,00€)

15 Ja-Stimmen von CDU, SPD, AfD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, BAI Piraten,

3. Zeitraum Entsendung der Delegation (21.05. bis 24.05.2026)

einstimmig beschlossen.

.

8 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Keine

9 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

9.1 Anfrage SPD Sicherheitslage in Hilden

Die von Rm Bauer (SPD) in der Sitzung des Hauptausschusses unter TOP 5 angekündigte Anfrage zur Sicherheitslage in Hilden wurde wie folgt nachgereicht:

In den letzten Monaten war der Presseberichterstattung immer wieder zu entnehmen, dass es wiederholt zu Einbrüchen in gewerbliche Räume bzw. privaten Wohnraum gekommen ist. Auch in persönlichen Gesprächen ist der Eindruck entstanden, dass sich einige Menschen in Hilden subjektiv unsicher fühlen - unabhängig davon, ob dies durch konkrete Vorfälle oder allgemeine gesellschaftliche Stimmungen ausgelöst ist. Daher bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Sicherheitslage allgemein

- *Wie bewertet die Stadtverwaltung die aktuelle Sicherheitslage in Hilden insgesamt?*
- *Welche Entwicklungen sind in den letzten fünf Jahren im Bereich Kriminalität und Ordnungsstörungen festzustellen (z. B. laut polizeilicher Kriminalstatistik, Meldungen des Ordnungsamt)?*
- *Gibt es bestimmte Bereiche im Stadtgebiet, die als sicherheitsrelevant gelten oder regelmäßig besondere Aufmerksamkeit erfordern? Welche Maßnahmen werden dort konkret seitens der Stadt ergriffen?*

2. Ordnungs- und Präventionsmaßnahmen

- *Welche Maßnahmen wurden in den letzten Jahren ergriffen, um die objektive und subjektive Sicherheit zu erhöhen (z. B. gezielter Einsatz des KODs aufgrund eines Konzeptes, Stadtgestaltung, Präventionsprojekte)? Welcher Konzept wird derzeit bei dem Einsatz des KODs verfolgt?*
- *Welche Maßnahmen sind für die kommenden Jahre geplant?*

3. Subjektives Sicherheitsempfinden

- *Liegen der Stadt aktuelle Erkenntnisse oder Umfragen zum subjektiven Sicherheitsempfinden der Bevölkerung vor? Falls nein: Plant die Stadt, eine solche Erhebung durchzuführen?*

4. Kooperation mit der Polizei und anderen Akteuren

In welchem Umfang findet eine Zusammenarbeit mit der Kreispolizeibehörde Mettmann, Streetworkern,

Sicherheitsdiensten oder anderen Institutionen statt? Gibt es regelmäßige Sicherheitskonferenzen oder Abstimmungsgespräche, die außerhalb des Arbeitskreises Sicherheit und Ordnung stattfinden?

Darüber hinaus bittet die SPD-Fraktion die Verwaltung um die Beantwortung folgender Fragen zum Alarmkalender:

- *Wie wird ein Alarmkalender aufgebaut?*

- Wann wird mit der Erstellung des Alarmkalenders für die Stadt Hilden begonnen? Wo soll diese Aufgabe angesiedelt werden?
- Steht in der Stadtverwaltung das entsprechende Personal für die Erstellung eines Alarmkalenders zur Verfügung?
- Werden im Haushalt 2027 für die Erstellung finanzielle Mittel benötigt?

Begründung:

Wir bitten die Verwaltung um eine aktuelle Einschätzung der Sicherheitslage in der Stadt Hilden. Ziel ist es, ein aktuelles, faktenbasiertes Bild zur Sicherheitslage und zur Entwicklung in Hilden zu erhalten, um politische Entscheidungen zur Verbesserung von Sicherheit, Ordnung und Lebensqualität

fundierte treffen zu können und bei Bedarf den Arbeitskreis Sicherheit und Ordnungsangelegenheiten tagen zu lassen.

Gemäß Erlass des Ministeriums des Inneren NRW vom 4. Juni 2025 ist es als vorbereitende Maßnahme im Rahmen der zivilen Verteidigung das Ziel, dass die Kreise und kreisfreien Städte ihre Alarmkalender spätestens bis zum 31. Dezember 2026 und die kreisangehörigen Kommunen ihre Alarmkalender spätestens bis zum 31. Dezember 2027 erstellen. Im Verteidigungs- oder Bündnisfall handeln die Gemeinden im Auftrag des Bundes über die zivile Alarmplanung. Diese regelt die einheitliche Bearbeitung der notwendigen Maßnahmen und deren Dokumentation sowie das Verfahren der Alarmierung. Die hierfür erforderlichen Aufgaben der zivilen Verwaltung sind als Alarmmaßnahmen im zivilen Alarmplan festgelegt. Ziel ist es, einen sogenannten Alarmkalender zu erstellen. Dabei handelt es sich um eine geordnete Sammlung aller Aufträge des Bundes, insbesondere der Bundeswehr, die zur Durchführung der Alarmmaßnahmen erforderlich sind. Diese Maßnahmen schaffen die Voraussetzungen dafür, dass die im Alarmfall ausgelösten Maßnahmen verzugslos umgesetzt werden können. Diese zivile Alarmplanung stellt im Ereignisfall eine schnelle Krisenreaktion in allen Aufgabengebieten der zivilen Verteidigung sicher.

Ende der Sitzung: 17:33 Uhr

Gez.

Dr. Claus Pommer / Datum
Vorsitzender

Ilka Sobirey / Datum
Schriftführer/in

Gesehen:

Roland Becker / Datum
Amtsleiter Bürgermeisterbüro